

## Fiskalpolitik zwischen Stabilisierung und Selbstmord\*

1. Automatische Stabilisatoren haben während der Krise abgedeckt	121
2. Verwirrung mit multiplizierter Wirkung	124
3. Rezessive Folgen von Budgetkonsolidierung	125
4. Sich selbst zerstörende Austerität – Europäischer Suizid-Pakt	128
5. Was tun	130

*Bettina Csoka*

*Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik,  
Arbeiterkammer OÖ*

**Auszug aus WISO 4/2012**

**isw**

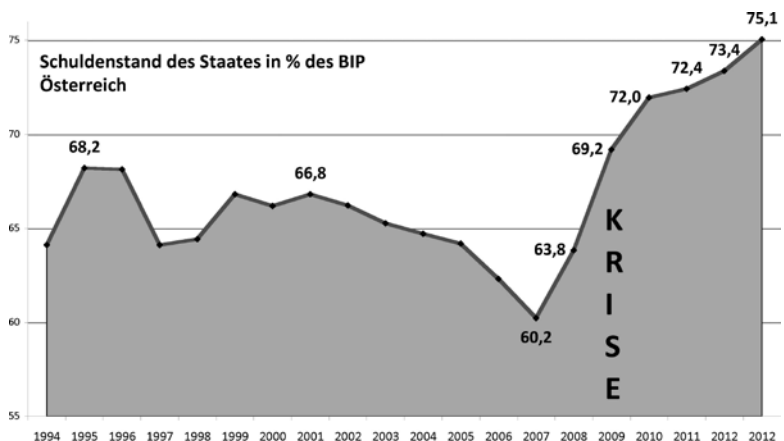
Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften  
Volksgartenstraße 40  
A-4020 Linz, Austria  
Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889  
E-Mail: [wiso@akooe.at](mailto:wiso@akooe.at)  
Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

Die Tätigkeit der sogenannten „Troika“ aus Internationalem Währungsfonds (IWF), Kommission der Europäischen Union (EU) und Europäischer Zentralbank (EZB) ist für viele Menschen eine Bedrohung und teilweise schon Zerstörung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Denn der von dieser Triade vielen Ländern verordnete Kürzungskurs hat fatale Folgen: Kürzungen von Löhnen und Pensionen, Einschnitte im Gesundheitssystem, Verlängerung der Arbeitszeit etc. Der öffentlichen Sektor muss reduziert und die Ansprüche der ArbeitnehmerInnen müssen kleingehalten werden. Das sei das Rezept zur Reduktion der hohen Staatsschulden. Die Ursachen der Staatsverschuldung werden fast zur Gänze ausgeblendet.

### *Schulden des Staates steigen wegen Krise*

Diese sind in der Finanz- und Wirtschaftskrise zu suchen, die durch instabile Finanzmärkte, Ungleichheit in der Verteilung und Ungleichgewichte zwischen Staaten verursacht wurde. Erst im Zuge der Krise stieg der Schuldenstand rapide. Das liegt einerseits am Rückgang der Steuereinnahmen wegen des Konjunktur einbruchs und andererseits am Anstieg der Staatsausgaben wegen „Bankenrettung“, Konjunkturprogrammen und Arbeitslosigkeit. Am Beispiel Österreichs: Die Gesamtschulden des Staates reduzierten sich bis zum Vor-Krisen-Jahr 2007 auf 60,2 Prozent des BIP (das waren 165 Mrd. €). Erst im Zuge der Krise stieg der Schuldenstand rapide auf inzwischen 72,4 Prozent des BIP im Jahr 2011 an (das sind 218 Mrd. €).

*Grafik 1: Staatsschulden in Österreich*



Quelle: Statistik Austria

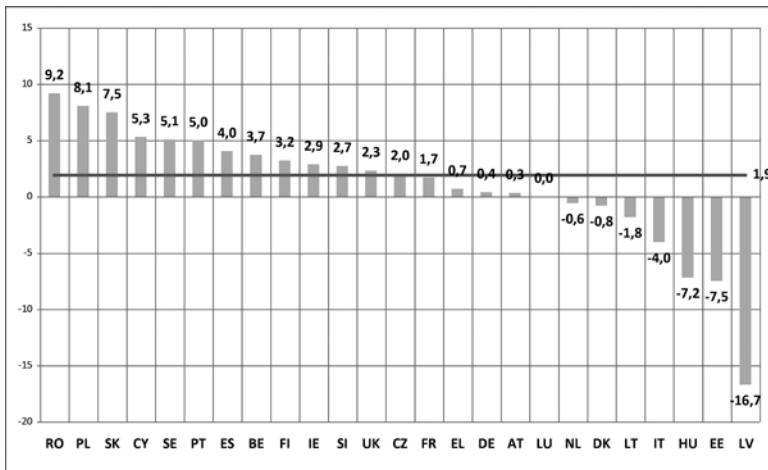
Mit der – unter dem Banner der „Staatschuldenreduktion“ – mehr oder weniger strikten Sozial- und Budgetkürzungspolitik seit ein bis zwei Jahren werden schmerzhaft soziale und ökonomische Wunden verursacht. Das vermeintliche Ziel (solide Staatsfinanzen und weniger Staatschulden) wird obendrein genau dadurch verunmöglicht. Wichtige wirtschaftliche Zusammenhänge, die Bedeutung der Fiskalpolitik und ihre Effekte werden wohl eher bewusst ignoriert – denn bekannt und veröffentlicht sind und werden sie.

*Ausblendung  
fiskaler Effekte*

### 1. Automatische Stabilisatoren haben während der Krise abgefedert<sup>1</sup>

In einem Papier der EU-Kommission heißt es: „In den meisten europäischen Ländern haben automatische Stabilisatoren und die zu Krisenbeginn geschnürten Konjunkturpakete zur Aufrechterhaltung der verfügbaren Haushaltseinkommen insgesamt beigetragen.“ Zwischen 2007 und 2009 sind in zwei Dritteln der EU-Länder die aggregierten Haushaltseinkommen um 1 bis 9 Prozent gewachsen. In Österreich gab es mit plus 0,3 Prozent eine Stagnation:

*Grafik 2: Veränderung der verfügbaren Haushaltseinkommen (aggregiert, real), in Prozent 2007–2009*

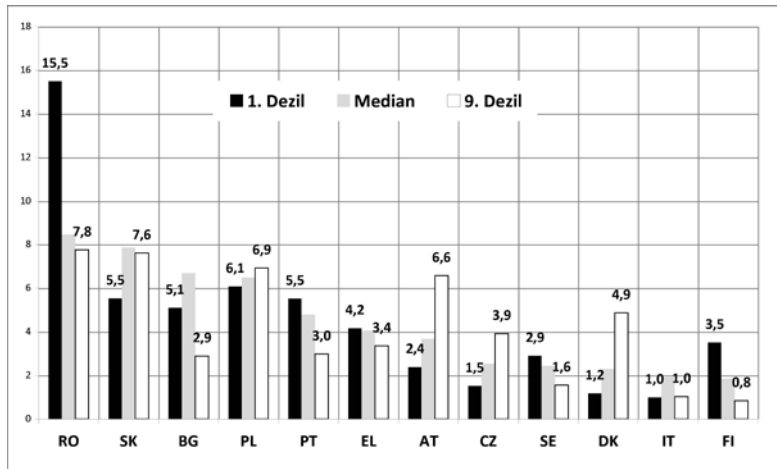


Quelle: EU-Kommission 2011; Das Haushaltseinkommen setzt sich zusammen aus Lohn- und Gehaltseinkommen, Dividenden, Vermögenseinkommen, Steuer- und Sozialbeiträgen, Sozialtransfers; Entwicklung in nationaler Währung

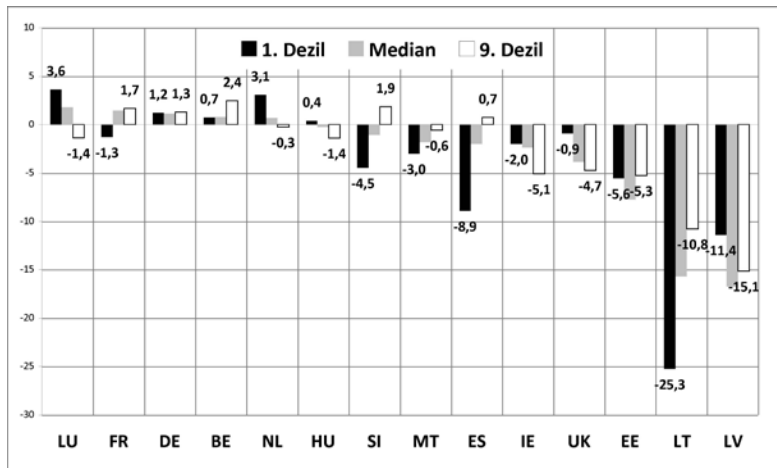
## Fiskalpolitik zwischen Stabilisierung und Selbstmord – Bettina Csoka

Der Blick auf die Verteilung der Haushaltseinkommen zeigt sehr unterschiedliche Entwicklungen.

*Grafik 3: Veränderung der verfügbaren Haushaltseinkommen (real), verschiedene Verteilungspunkte, in Prozent 2007 bis 2009 – Länder mit Zuwächsen*



*Grafik 4: Veränderung der verfügbaren Haushaltseinkommen (real), verschiedene Verteilungspunkte, in Prozent 2007 bis 2009 – Länder mit Rückgängen*



Quelle: EU-Kommission 2011; 1. Dezil bezieht sich auf jenes Einkommensniveau, unter dem 10 % der Bevölkerung leben, 9. Dezil entspricht dem Wert, über dem 10 % der Bevölkerung leben, Median = Wert genau in der Mitte (je 50 % erhalten mehr bzw. weniger Einkommen)

Während in Österreich das Einkommen des einkommensschwächsten Zehntels der Haushalte einen Zuwachs von 2,4 Prozent hatte, war beim einkommensstärksten Zehntel im Krisenjahr 2009 das Einkommen um 6,6 Prozent höher als 2007, dem Jahr vor dem Krisenausbruch. Das mittlere Haushaltseinkommen wuchs um 3,4 Prozent.

### Wichtige Rolle der automatischen Stabilisatoren

Die Schlussfolgerung der EU-Kommission ist klar: „Automatische Stabilisatoren federn das verfügbare Haushaltseinkommen und die Nachfrage der Haushalte im Falle ökonomischer Schocks ab.“ Und wenn „es die Budgetkonsolidierung zulässt, kann die dämpfende Rolle der automatischen Stabilisatoren die Wirtschaft unterstützen“.

*ökonomische Schocks werden abgefedert*

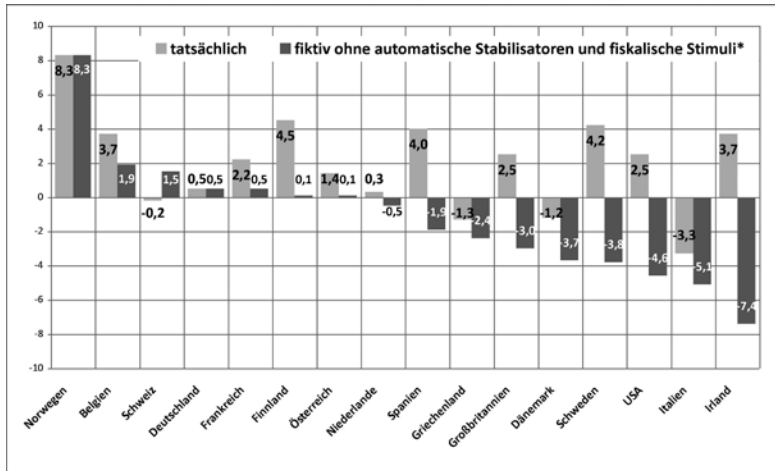
Es werden bestärkend mehrere Studien zitiert: Etwa jene von Dolls, Fuest und Peichl (2010)<sup>2</sup>, wonach im Falle eines proportionalen Schocks in der EU 38 Prozent des Schocks (mit beträchtlicher Heterogenität der Ergebnisse zwischen den Mitgliedsstaaten: von 25 Prozent in Estland bis 56 Prozent in Dänemark) durch automatische Stabilisatoren absorbiert würden, gegenüber 32 Prozent in den USA.

Bezüglich der Auswirkungen der 2008–2009-Rezession auf das verfügbare Haushaltseinkommen werden die Ergebnisse der Studie von Jenkins und Brandolini (2011)<sup>3</sup> zitiert: „... obwohl das BIP sank, stiegen in den meisten Mitgliedsstaaten die verfügbaren Brutto-Haushaltseinkommen zwischen 2007 und 2009. Im Aggregat wurde der Haushaltssektor vor den Auswirkungen des Abschwungs durch zusätzliche Unterstützung der Regierung über das Steuer- und Transfersystem geschützt.“

*Steuern und Transfers schützen Haushaltssektor*

Das verdeutlicht also die Rolle von automatischen Stabilisatoren und der Fiskalpolitik während der jüngsten Rezession. Mit Ausnahme der Schweiz, Griechenlands, Dänemarks und Italiens stieg in den meisten Ländern das Haushaltseinkommen. Das steht in starkem Kontrast dazu, wie sich die Haushaltseinkommen verändert hätten ohne automatische Stabilisatoren und ohne fiskalische Stimuli (wenn Sozialtransfers und Steuern auf ihren 2007-Werten konstant gehalten worden wären). In diesem Fall wären die Einkommen gefallen (oder um maximal 0,5 Prozent gestiegen) – außer in Belgien.

Grafik 5: Veränderung der verfügbaren Haushaltseinkommen (aggregiert und real) – mit und ohne automatische Stabilisatoren, in Prozent 2007–2009



Quelle: Jenkins, Brandolini 2010, entnommen: EU-Kommission 2011; Griechenland, Schweiz: Veränderung 2007–2008\* Prozentuelle Veränderung der Haushaltseinkommen, wenn Sozialleistungen sowie Steuern und Abgaben auf dem Niveau von 2007 konstant gehalten worden wären

### Stabilisierung der aggregierten Nachfrage

„Automatische Stabilisatoren und (eingeschränkte) diskretionäre Maßnahmen spielten eine wichtige Rolle in der Unterstützung der Haushaltseinkommen und der aggregierten Nachfrage. Sollte die EU in eine erneuerte Rezession gleiten, macht der eingeschränkte fiskalische Handlungsspielraum deren Wirken zwar schwieriger, aber sie können nach wie vor einen wichtigen Beitrag als Ausgleichsmaßnahmen spielen“, stellt die EU-Kommission also noch im November 2011 fest.

## 2. Verwirrung mit multiplizierter Wirkung

Es sind aber gerade die verordneten Kürzungsprogramme, die derzeit insbesondere in Südeuropa zu Verschärfung der Wirtschaftskrise (Einbruch des Wirtschaftswachstums), Anstieg der Arbeitslosigkeit und breiter Verarmung führen. Womit auch die Schuldenreduktion dieser Länder verunmöglicht wird. Das müssen inzwischen auch die EU (siehe u.a. oben) und der IWF anerkennen, ohne allerdings den diktierten Kürzungskurs zu ändern.

Kürzungen der öffentlichen Ausgaben (Pflegegeld, Sozialleistungen, öffentliche Investitionen ...) in Höhe von einem Prozent des BIP führen laut aktueller IWF-Erkenntnisse dazu, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage einbricht – mit Einkommens- und Beschäftigungs- und Produktionseinbrüchen – und dies in Summe zu einer überproportionalen Schrumpfung des BIP im Ausmaß von mehr als einem Prozent des BIP führt. Das bedeutet übrigens auch, dass die Staatsausgaben gar nicht so schnell sinken können, wie die Wirtschaft schrumpft (und mit ihr die Staatseinnahmen), und somit auch das Schuldensenkungsziel verfehlt wird.

*Kürzungspolitik  
schrumpft das  
BIP*

Im World Economic Outlook des IWF vom Oktober 2012 zeigte die Auswertung von Daten aus 28 Ländern, dass die für die Wirtschaftswachstumsprognosen verwendeten Multiplikatoren „systematisch zu gering“ waren seit dem Start der großen Rezession, und zwar um 0,4 bis 1,2. Bisher wurde ein Multiplikator von rund 0,5 verwendet. „Die gegenwärtigen Multiplikatoren dürften höher sein und zwischen 0,9 bis 1,7 rangieren“, schreiben Olivier Blanchard und Daniel Leigh.

Die Schätzungen ergeben, so die anerkannten IWF-Ökonomen (deutsche Übersetzung Csoka), „dass eine geplante Budgetkonsolidierung im Ausmaß von 1 Prozent des BIP mit einem Wachstumsprognosefehler von rund einem Prozentpunkt verbunden ist. Dieses Ergebnis zeigt, dass die den Wachstumsprojektionen unterliegenden Multiplikatoren um etwa 1 zu niedrig waren.“ Und, dass „der unerwartete Produktionsverlust, der mit einer Budgetkonsolidierung in Höhe von einem Prozent verbunden ist, 0,4 bis 1,2 Prozentpunkte beträgt. ... Diese Ergebnisse sind konsistent mit jenen Forschungen, die ergeben, dass in der gegenwärtigen Situation einer substantiellen ökonomischen Flaute, geldpolitischer Beschränkungen durch Nullzinsen und synchronisierter Budgetanpassungen in vielen Ländern Multiplikatoren deutlich über 1 liegen.“ Das war im Oktober 2012.

*Multiplikatoren  
liegen deutlich  
über eins*

### 3. Rezessive Folgen von Budgetkonsolidierung<sup>4</sup>

Drei Monate zuvor wurde ein Arbeitspapier von den drei IWF-ÖkonomInnen Batini, Callegari und Melina veröffentlicht, das auf die drastischen Negativeffekte hinwies. Klar ist, dass die

tatsächliche Auswirkung von Budgetkonsolidierungen variiert – je nach Konjunktursituation (Rezession oder Boom). Der Erfolg einer Budgetkonsolidierung, in absoluten Werten und relativ zum BIP, in einer gegebenen Ausgangssituation hängt letztendlich von ihren Effekten auf die künftigen wirtschaftlichen Aktivitäten, auf die Konjunktorentwicklung, ab. Die verstärkten Versuche der Schuldenreduktion führten und führen sehr wahrscheinlich zu einer Schwächung der aggregierten Nachfrage. Wie hoch diese Effekte sind und wie fiskalische „Schocks“ die Ökonomie von einer Phase (z.B. Expansion) in eine andere (Rezession) bringen können, das hat das IWF-AutorInnen-Trio für die USA, Europa und Japan untersucht.

*höhere Multiplikatoren während einer Rezession*

Die Ergebnisse: Fiskalmultiplikatoren sind in Rezessionen beträchtlich größer als während Expansionen. Und eine ausgabenbasierte Budget-Konsolidierung während der Rezession erhöht die weitere Rezessionsgefahr.

Die Hauptergebnisse der Untersuchung der IWF-ÖkonomInnen:

- Staatsausgaben-Multiplikatoren (Staatsverbrauch und -investitionen) sind im Wirtschaftsabschwung deutlich größer als im Wirtschaftsaufschwung.<sup>5</sup>
- Ausgaben-Multiplikatoren<sup>6</sup> sind im Wirtschaftsabschwung deutlich größer als Steuer- und Transfers-Multiplikatoren. Der Wirkungsunterschied zwischen Ausgaben- und Steuermultiplikator vergrößert sich, wenn sich die Konjunkturphase ändert: der höhere Ausgaben-Multiplikator wird in Rezessionen noch größer, während der kleinere Steuermultiplikator gleich klein bleibt.
- Die Wahrscheinlichkeit, dass eine während eines Abschwungs gestartete Budgetkonsolidierung den Abschwung vertieft oder verlängert, ist doppelt so hoch wie jene Wahrscheinlichkeit, dass eine im Aufschwung gestartete Konsolidierung einen Abschwung auslöst.
- Die genaue Höhe des Fiskal-Multiplikators ist länder- und zeitspezifisch bzw. hängt von den Umständen ab. In Abschwungphasen reicht er in den untersuchten Ländern von 1,6 bis 2,6 für Ausgabenkürzungen und von 0,16 bis 0,35 bei Steuer- und Transfermaßnahmen.

*Konsolidierung im Abschwung verstärkt diesen*

Der größte Teil des Gesamt-Effekts (Produktionsverlust) eines Fiskalschocks<sup>7</sup> materialisiert sich innerhalb von vier Quartalen:



Tabelle 1: Fiskal-Multiplikatoren im Euro-Raum

(kumulierte Wirkung)	Staatsausgaben-Kürzung während ...		Steuererhöhung (u./od. Transferkürzungen) während ...	
	... Rezession	... Expansion	... Rezession	... Expansion
nach 3 Monaten	-2,06	-0,41	-0,18	0,10
nach 1 Jahr	-2,56	-0,43	-0,35	0,20
nach 2 Jahren	-2,49	-0,07	-0,35	0,06

Quelle: IWF 2012 (Anmerkungen siehe Fußnote 7)

Der Multiplikator von minus 2 bedeutet, dass die Kürzung von Staatsausgaben eine überproportionale Schrumpfung der Wirtschaftsleistung zur Folge hat (nämlich eine doppelt so starke). Die reduzierten Ausgaben bedeuten ja auch (für andere WirtschaftsakteurInnen) weniger Einkommen, was so etwas wie negative „Zweitrundeneffekte“ verursacht.

*negative Zweit-rundeneffekte*

Eine Schlussfolgerung der AutorInnen daraus: Wenn Konsolidierungen während Abschwüngen durchgeführt werden „müssen“ (z.B. um das „Marktvertrauen“ wiederzuerlangen), dann sollten Netto-Steuererhöhungen<sup>8</sup> priorisiert werden.

Ein gleich hoher Fiskalschock kann ziemlich unterschiedliche Auswirkungen auf die ökonomischen Aktivitäten haben, abhängig davon ob sich die Wirtschaft in einer Expansions- oder Rezessionsperiode befindet, und abhängig von der Art (Ausgaben oder Steuern) sowie der Intensität des Schocks.<sup>9</sup>

Eine ausgabenbasierte Budget-Konsolidierung während der Rezession erhöht die weitere Rezessionsgefahr: Die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Wirtschaft des Euro-Raums im ersten Quartal, das der Konsolidierung folgt, wiederum in der Rezession befindet, erhöht sich (bei einem hohen Konsolidierungsvolumen) um 17 Prozentpunkte auf 61 Prozent. Aber auch, wenn während einer Aufschwungphase über Staatsausgaben-senkungen konsolidiert wird, steigt die Wahrscheinlichkeit, dadurch in eine Rezession zu gelangen, stark an. Im Euro-Raum verdoppelt sich das Risiko.<sup>10</sup>

*auch im Aufschwung haben reduzierte Staatsausgaben rezessive Wirkung*

*Tabelle 2: Rezessionswahrscheinlichkeit in Folge einer Staatsausgaben-Kürzung*

	Staatsausgaben-Kürzung erfolgt während einer <b>Rezession</b>			Staatsausgaben-Kürzung erfolgt während einer <b>Expansion</b>		
	Konsolidierung			Konsolidierung		
bedingte Wahrscheinlichkeiten	<b>keine</b> (Basis-Szenario)	mild	stark	<b>keine</b> (Basis-Szenario)	mild	stark
nach 3 Monaten	44%	52%	61%	18%	27%	38%
nach 1 Jahr	31%	32%	32%	27%	27%	27%
nach 2 Jahren	33%	33%	33%	27%	26%	25%

Quelle: IWF 2012 (Anmerkungen siehe Fußnote 9)

**4. Sich selbst zerstörende Austerität – Europäischer Suizid-Pakt**

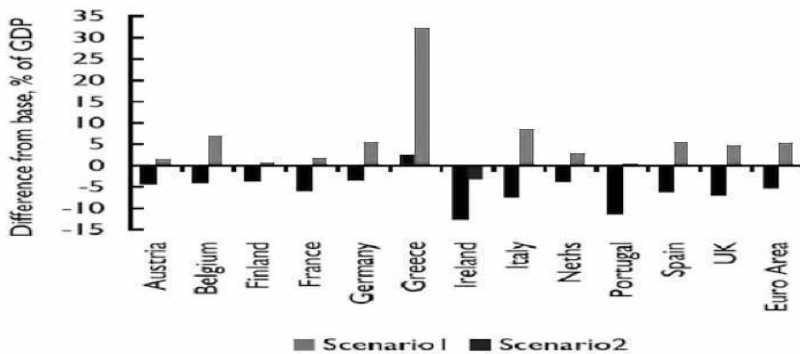
Die derzeitige „Krisenpolitik“ zerstört ihre (vermeintlichen) Ziele selbst. Das sieht auch das National Institute of Economic and Social Research (NIESR) so, dessen Direktor Jonathan Portes von „Self-defeating Austerity“ und „European suicide pact“ spricht.<sup>11</sup> Die Budgetkonsolidierung sollte die fiskalische Nachhaltigkeit verbessern, stattdessen hat sie die Situation verschlechtert. Koordinierte EU-Fiskalkonsolidierung ist weniger eine wirtschaftspolitische Kooperation, sondern ähnelt einem Selbstmord-Pakt, so Portes. Für den Euroraum insgesamt hat die koordinierte fiskalische Konsolidierung einen Anstieg der Schuldenquote um rund fünf Prozentpunkte zur Folge.

*koordinierte  
Konsolidierung  
ähnelt  
Selbstmord*

Das NIESR schätzt die Auswirkungen der koordinierten Fiskalkonsolidierung innerhalb der EU. Das Ergebnis: Während „normalerweise“ Budgetkonsolidierung zu sinkenden Schuldenquoten führen würde, hat sie unter den aktuellen Bedingungen eine selbstzerstörende Wirkung für die EU insgesamt. Daher werden 2013 die Schuldenquoten in der EU höher statt niedriger sein. Eine wichtige Ursache dabei: Konsolidieren alle Länder gleichzeitig, wird die Produktion in jedem Land nicht nur durch die heimische Budgetkonsolidierung reduziert, sondern wegen der Handelsverflechtungen auch durch jene der anderen Länder.

Die geschätzten Auswirkungen der aktuellen Budgetprogramme 2011 bis 2013 zu aktuellen Bedingungen (Szenario II) im Vergleich zu „normalen“ Zeiten (Szenario I)<sup>12</sup> variieren stark:

*Grafik 6: Auswirkung der Konsolidierung auf die Staatsschuldenquote, 2013*



Source: NiGEM simulations.

Quelle: NiGEM Simulationen; entnommen: Porter 2012

Da die negativen Effekte auf das Wachstum viel stärker als zu „Normalzeiten“ sind, erhöht die Budgetkonsolidierung die Schuldenquote in jedem Land (mit Ausnahme von Irland). Für den Euroraum insgesamt hat die koordinierte fiskalische Konsolidierung einen Anstieg der Schuldenquote um rund fünf Prozentpunkte zur Folge. Das bedeutet, dass der von den EU-Ländern verfolgte Politikkurs der jüngeren Vergangenheit verkehrte und zerstörerische Effekte gehabt hat.

*Anstieg der Schuldenquote im Euro-Raum durch Konsolidierung*

Wäre diese Politik nicht gemacht worden, wären das Wirtschaftswachstum höher und die Schuldenquoten niedriger gewesen. Denn koordinierte Austerität in einer Depression ist selbstzerstörerisch.

Die Fiskalpolitik begann das Gegenteil davon zu erreichen, was beabsichtigt wurde, im Jahr 2011, als scharfe Konsolidierungsmaßnahmen in Portugal, Irland und Griechenland eingeführt wurden – den drei Ländern unterm Rettungsschirm. Die Maßnahmen kumulieren sich in der Drei-Jahres-Periode auf fast 10 Prozent des BIP in Griechenland und Portugal und auf 8 Prozent in Irland. Die geplanten Konsolidierungsmaßnahmen in Frank-

reich, Italien, Spanien und Großbritannien summieren sich auf 5 bis 6 Prozent des BIP, nur in Deutschland und Österreich sind die Maßnahmen geringer.

Das NIESR schätzt, dass diese fiskalpolitischen Maßnahmen in normalen Zeiten das Wachstum zwar reduziert hätten, aber nicht sehr stark, mit Ausnahme der Krisenländer: Der kumulierte Effekt reicht von beinahe Null in Deutschland bis 8 Prozent in Griechenland und Portugal. Aber unter aktuellen Umständen beträgt der Produktionseinbruch 2 Prozent in Deutschland, 5 Prozent in Großbritannien und 13 Prozent in Griechenland. Noch gravierender sind die Folgen für die Schuldenquoten (siehe Grafik 6).

*Schaffung einer  
Todesspirale*

Die Budgetkonsolidierung sollte die fiskalische Nachhaltigkeit verbessern, stattdessen hat sie die Situation verschlechtert. Was wir in Europa gesehen haben, ist die Schaffung einer Todesspirale aus Defizit-Reduktion, gefolgt von reduziertem Wachstum, was zu reduzierten Einnahmen führt und den Druck für weitere Defizitkürzungen erhöht. Koordinierte EU-Fiskalkonsolidierung ist weniger eine wirtschaftspolitische Kooperation, sondern ähnelt einem Selbstmord-Pakt, so Porter.

### 5. Was tun

*„Marshallplan“  
für Europa*

Europa braucht eine soziale Perspektive, dazu gibt es den Vorschlag eines solidarischen Zukunftsprogramms (Arbeiterkammer Oberösterreich). Die Bestandteile sind ein „Marshallplan“ für Europa mit Investitionen in eine nachhaltige soziale und ökologische Infrastruktur und in zukunftsfähige Industrien und Dienstleistungen. Weiters müssen die Ungleichgewichte zwischen den Staaten durch kooperative Wirtschaftspolitik abgebaut werden. Leistungsbilanz-Überschussländer wie Deutschland und Österreich müssen ihre Binnennachfrage durch eine expansive Lohn- und Fiskalpolitik erhöhen. So kann auch das Import-Defizit der „Überschussländer“ reduziert werden, wodurch die importstarken Länder eine bessere Entwicklungsmöglichkeit erhalten. Der Steuerunterbietungswettbewerb muss durch Koordination der Steuerpolitik unterbunden werden, es braucht einen Mindeststeuersatz bei Unternehmensgewinnen, eine Finanztransaktionssteuer und eine Abstimmung bei Vermögenssteuern. Durch eine Regulierung

*Import-Defizite  
abbauen*

des Finanzsektors kann wieder Stabilität – auch im Realsektor der Wirtschaft – geschaffen werden und die Finanzierung der öffentlichen Haushalte aus dem spekulativen Würgegriff des Finanzmarkts befreit werden. Der Prozess muss demokratisch und unter maßgeblicher Mitwirkung der Gewerkschaften gestaltet werden. Für Arbeit und Solidarität in Europa!

*Mitwirkung der Gewerkschaft*

\*Dieser Artikel gibt die Privatmeinung der Autorin wieder.

### Literatur

- Europäische Kommission, 2011: „Employment and Social Developments in Europe 2011“, Directorate General for Employment, Social Affairs and Inclusion, Directorate A, November 2011
- IWF, 2012: „Successful Austerity in the United States, Europe and Japan“, Nicoletta Batini, Giovanni Callegari and Giovanni Melina, IWF Working-Paper WP/12/90, Juli 2012
- IWF 2012: World Economic Outlook, Oktober 2012
- Jonathan Portes, 2012: „Self-defeating Austerity?“, Social Europe Journal 31/10/2012
- Jonathan Portes, 2012: „This is a European suicide pact“ (The Guardian online, 30 October 2012)

### Anmerkungen

1. Ergebnisse und Zitate aus: „Employment and Social Developments in Europe 2011“, European Commission, Directorate General for Employment, Social Affairs and Inclusion, Directorate A, Manuscript completed in November 2011 (deutsche Übersetzung der Originalzitate durch Bettina Csoka)
2. Dolls, Fuest, and Peichl (2010): „Automatic Stabilisers and Economic Crisis: US vs. Europe“, NBER Working Paper No 16275
3. Jenkins, Brandolini et al.: „The Great Recession and the Distribution of Household Income“, study presented at: „Incomes Across the Great Recession“, XIII European Conference of the Fondazione Rodolfo De Benedetti, Palermo, 10 September 2011, [http://www.frdb.org/upload/file/report\\_1\\_palermo.pdf](http://www.frdb.org/upload/file/report_1_palermo.pdf)
4. Das folgende bezieht sich auf: IWF Working-Paper WP/12/90: „Successful Austerity in the United States, Europe and Japan“, Nicoletta Batini, Giovanni Callegari and Giovanni Melina, Juli 2012
5. Auch in einer Expansionsphase hat eine Budgetkonsolidierung, die über eine Staatsausgabenreduktion durchgeführt wird, sofort (kurzfristig) einen BIP-Rückgang zur Folge. Die langfristige Wirkung ist unklar.
6. Hierbei ist der Effekt unsicherer als bei direkten Maßnahmen. Während sich etwa eine Reduktion beim Staatsverbrauch (Kürzungen im Gesundheitssektor etc.) direkt negativ auswirkt, ist der Nachfrageeffekt bei den Steuern ein indirekter: Durch die Steuererhöhung wird das verfügbare private Haushaltseinkommen reduziert. Ob dies zu einer Reduktion der effektiven Nachfrage führt, hängt davon ab, wie hoch die Konsumneigung der davon betroffenen Haushalte ist. Sind Einkommensstarke von einer Steuererhöhung betroffen, ist der negative Nachfrageeffekt sehr gering, weil diese Haushalte eine geringe Konsumneigung und eine hohe Sparquote haben. Umgekehrt bei Einkommensschwachen.
7. Für das Ausmaß des Fiskalschocks, der für die geschätzte Auswirkung die Basis bildet, wurden die Daten des EURO-Raums für die lange Zeitreihe vom 1. Quartal 1985 bis zum 4. Quartal 2009 ausgewertet. Die Multiplikatoren-Schätzung basiert auf der Annahme eines „milden“ fiskalischen Schocks im

- Ausmaß einer Standardabweichung (= Maß für die Streuung der Werte um ihren Mittelwert).
8. Siehe Fußnote 6.
  9. Im Folgenden werden „milde“ Konsolidierungen (siehe Fußnote 7) und starke Konsolidierungen unterschieden. Letztere entsprechen einem fiskalischen Schock im Ausmaß von zwei Standardabweichungen.
  10. Bei den meisten untersuchten Ländern bzw. Kontinenten (USA, Japan, Euro-Raum, Italien, Frankreich) konvergiert die Rezessionswahrscheinlichkeit nach einem Jahr auf Basis des verwendeten Modells im Basisszenario OHNE Budgetkonsolidierung bei rund 30 Prozent. Im ersten Quartal nach einer Ausgabenkürzung erhöht sich die Wahrscheinlichkeit einer Rezession nach einem starken Fiskalschock um bis zu 20 Prozentpunkte.
  11. Die folgenden Passagen basieren auf den englischen Originalartikeln von Jonathan Portes. Es folgen – von der Autorin dieses WISO-Artikels – ins Deutsche übersetzte Stellen aus: „Self-defeating Austerity?“ (Social Europe Journal 31/10/2012) und „This is a European suicide pact“ (The Guardian online, 30 October 2012)
  12. Normalerweise soll Geldpolitik einen Teil der negativen fiskalpolitischen Auswirkungen ausgleichen. Aber die Zinssätze sind bereits auf außergewöhnlich niedrigen Niveaus, und es ist mehr als unklar, ob außerordentliche Maßnahmen wie das *quantitative easing* und die EZB-Aufkauf-Maßnahmen wesentliche Effekte auf die Wirtschaft haben werden. Zudem sind im ökonomischen Abschwung, wenn die Arbeitslosigkeit hoch und die Arbeitsplatzsicherheit gering ist, mehr Haushalte und Firmen von erschwertem Kreditzugang betroffen.

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

# WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:\* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)  
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00  
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(\* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at))

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at).



Oberösterreich

## BESTELLSCHEIN\*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO  
 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

\* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

Name \_\_\_\_\_

Institution/Firma \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Plz/Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

### BESTELLADRESSE:

ISW  
Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz  
Tel. ++43/732/66 92 73  
Fax ++43/732/66 92 73-28 89  
E-Mail: [wiso@isw-linz.at](mailto:wiso@isw-linz.at)  
Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)